Rat macht Rolle rückwärts

Politik spricht sich nun doch dafür aus, den Förderantrag zum Projekt „Smart City“ auf den Weg zu bringen

VON ELINA HOEPKEN

Achim. Eigentlich wollte die Achimer Verwaltung kurzen Prozess machen. Bereits zu Beginn der Ratssitzung regte Bürgermeister Rainer Ditzfeld an, den Tagesordnungspunkt zum Projektantrag „Smart City – Achim die digitale Stadt“ von der Agenda zu nehmen. Immerhin hatte es, wie berichtet, schon vorab im Verwaltungsausschuss Kritik von Seiten der Politiker gegeben, dass das bisherige Konzept noch nicht ausgereift sei und zusätzliche Informationen benötigt würden, um eine politische Entscheidung zu treffen. Die Stadt selbst wollte ursprünglich nämlich eigentlich am Modellprojekt „Smart Cities“ teilnehmen. Dabei stellen der Bund und die KfW-Bank in den nächsten Jahren 750 Millionen Euro für Pilotprojekte im Bereich Digitalisierung und Stadtentwicklung zur Verfügung.

Die Politik fühlte sich jedoch nicht ausreichend informiert, um hierfür ihr Okay zu geben. Doch wie es häufig so ist, kam es auch am Donnerstagabend in der Ratssitzung anders als gedacht. Herfried Meyer (SPD) bat nämlich darum, das Thema auf der Tagesordnung zu belassen und so wurde anschließend

fleißig diskutiert – mit überraschendem Ausgang. „Wir hatten noch einmal ein Gespräch mit der Unternehmergemeinschaft Achim und deren Vorsitzender hat uns nahegelegt, den Förderantrag zu stellen“, erklärte Meyer seine Intention. Sollte Achim die Förderung bewilligt bekommen, könnte der Etat für das Projekt „Digitale Stadt“ von der bereits im Doppelhaushalt eingeplanten Anschubfinanzierung von 40 000 Euro nämlich auf 114 000 Euro erhöht werden.

Was viele der Politiker störte, war neben dem eher vagen Konzept aber auch der zeitliche Druck. Um die Bundesmittel nämlich überhaupt noch beantragen zu können, musste gestern eine Entscheidung getroffen werden. Ansonsten wäre die Frist verstrichen. „Es ist immer das Gleiche: Die Zeit wird für die Verwaltung knapp und wir müssen uns dann ganz kurzfristig entscheiden“, bemängelte Isabel Gottschewsky (CDU). „Das passt mir gar nicht.“ Sie wolle zunächst wissen, wie die Einzelhändler in Achim zu dem Konzept „digitale Stadt“ stehen, bevor sie eine Entscheidung treffe.

Das werde man in den kommenden Sitzungen der Fachausschüsse nachholen, kündigte

Ditzfeld an. Nun solle es jedoch erst einmal darum gehen, den Förderantrag auf den Weg zu bringen. Ein Vorgehen, das bei Weitem nicht allen gefiel. „Es gibt einfach noch so viele Fragen, die nicht geklärt sind“, sagte Ute Barth-Hajen (Grüne). „Da können wir heute keine Entscheidung fällen.“ Zu diesen Fragen zählt unter anderem die nach den geplanten Folgekosten des Projektes oder auch nach der Bereitschaft der Achimer Unternehmen, sich selbst einzubringen.

Wenig Konkretes

Barth-Hajen regte daher an, es erst im nächsten Jahr mit einem Förderantrag zu probieren. Ob das allerdings möglich ist, konnte der Wirtschaftsförderer Martin Balkausky nicht mit Sicherheit sagen. „Ich gehe davon aus, dass es vermutlich weitere Fördermöglichkeiten geben kann. Ich weiß es aber nicht genau.“ Ähnlich schwammig wie diese Antwort war für Jürgen Striedieck (CDU) das gesamte Konzept. „Das ist alles nichts Konkretes. Mir fehlt das klare Bekenntnis für eine digitale Strategie“, sagte er. Dazu zähle dann beispielsweise auch die Frage, wie man Bürgerdienstleistungen besser digital abbilden kann.

„Ich denke wir können festhalten, dass wir alle noch zusätzliche Informationen brauchen“, brachte es Silke Thomas (Grüne) schließlich auf den Punkt. Das wollte auch Herfried Meyer freilich nicht bestreiten. Er plädierte aber dennoch dafür, die Entscheidung für den Förderantrag nun schon zu treffen. „Wir werden sonst mit Blick auf die konzeptionelle Arbeit mindestens ein Jahr verlieren“, gab er zu bedenken. „Wir entscheiden heute nicht darüber, ob das Projekt weiter vorangetrieben wird, sondern, ob wir dafür finanziell besser ausgestattet sein wollen.“ Und ob man dagegen stimme wolle, sollten sich alle Ratsmitglieder aus seiner Sicht genau überlegen.

Ein deutlicher Appell, der offenbar bei einigen Anwesenden auf offene Ohren stieß. Immerhin fand im Anschluss daran der Antrag der CDU, das Thema zurück in die Fachausschüsse zu verweisen und dort erst noch ausführlich zu beraten, keine Mehrheit mehr – auch wenn er von der FDP und Teilen der WGA unterstützt wurde. Stattdessen wurde letztlich mehrheitlich entschieden, den Projektantrag nun doch zu stellen und die Idee konzeptionell zu konkretisieren.